

# Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## „Gewerkschaftskabinett“ in Sicht? Gerüchte über Einheitsfront Strasser-Stegerwald-Leipart unter Führung Schleichers — Neuaufgabe der Politik des kleineren Übels?

Wenn man nur die offiziellen Verlautbarungen der Regierung und der verschiedenen Parteisekretariate berücksichtigt, so ist die Regierungsbildung in Preußen und im Reich nach wie vor eine noch ganz ungeklärte Angelegenheit. Es haben zwar inzwischen offizielle Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrumsvertretern in Preußen stattgefunden, aber es soll sich dabei nur um eine erste unverbindliche Fühlungnahme gehandelt haben. Diese Besprechungen, über deren Ergebnis vorläufig weder in positivem noch in negativem Sinne etwas zu sagen ist, werden am Dienstag fortgesetzt werden.

Viel interessanter sind aber andere Meldungen, die in einer ganzen Reihe politisch verschiedener gerichteter Blätter auftauchen und übereinstimmend von aufsehenerregenden Querverbindungen berichten, um die sich Reichswehrminister Schleicher zu bemühen scheint. Aus diesen Meldungen ergibt sich zunächst, daß zwischen maßgebenden Regierungsstellen und Führern der christlichen Gewerkschaften, und zwar den Herren Imbusch und Stegerwald, Verhandlungen stattgefunden haben, von denen der Zentrumsführung nichts bekannt gewesen ist. Mit diesen Besprechungen soll der Versuch unternommen werden,

eine Art Gewerkschaftskabinett von den Nationalsozialisten bis zu den christlichen Gewerkschaften, ja wenn möglich noch weiter auszustrecken. Nach Mitteilungen, die wir insbesondere dem „Dortmunder General-Anzeiger“ entnehmen, sollen in der NSDAP unter Führung von Gregor Strasser Bestrebungen im Gange sein, auf jede Konsequenz hin, sogar bis zur Spaltung der NSDAP, für eine solche Verständigung auf gewerkschaftlicher Grundlage zu kämpfen.

Eine solche gemeinsame Gewerkschaftsfront soll bereits kürzlich anlässlich einer Tagung der Landgemeindevorteiler zum Ausdruck gekommen sein. An dieser Tagung nahmen neben Vertretern von Unternehmerorganisationen hauptsächlich Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen teil, aber auch Vertreter der großen Wehrverbände, z. B. des Stahlhelms und des Reichsbanners. Nach dem Bericht des demokratischen „Dortmunder General-Anzeiger“ kam es dort zu einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen den Vertretern der gewerkschaftlichen Richtungen, und insbesondere war es, wie das genannte Blatt wörtlich schreibt, der Generalsekretär des Reichsbanners, Gebhardt, der die Feststellung der Tatsache, daß diese Tagung die

Möglichkeit eines Zusammenarbeitens der Gewerkschaften von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten

erwiesen habe, als den glücklichsten Tag seines Lebens bezeichnete.

Die „Rote Fahne“, die leider in den letzten Jahren oft so gewissenlos berichtet hat, daß man ihre Meldungen mit größter Vorsicht aufnehmen muß, geht noch einen Schritt weiter. Sie behauptet, es sei bereits eine Regierungsliste fertiggestellt, nach der Schleicher Reichskanzler, Strasser Innenminister, Frick Justizminister, Goering Luftfahrtminister und Stegerwald Arbeitsminister werden solle. Am 18. August habe, so behauptet das kommunistische Zentralorgan, zwischen Schleicher und einer Reihe sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer eine Geheimkonferenz stattgefunden. In dieser Konferenz hätten die reformistischen Führer ihre ausdrückliche Bereitschaft erklärt, ein Präsidialkabinett zu tolerieren. Zwischen Leipart und Schleicher sei es in einer ganzen Reihe entscheidender Fragen bereits zu einer regelrechten Verständigung gekommen.

Wir bringen in unserem heutigen Leitartikel zum Ausdruck, daß wir eine derartige Politik der SPD und der freien Gewerkschaften

nicht für wahrscheinlich halten. Dennoch ist es unsere Pflicht, unsere Leser über diese politischen Möglichkeiten, die gegenwärtig in der Öffentlichkeit viel diskutiert werden, zu unterrichten und darüber hinaus mit allem Nachdruck die Möglichkeit zu betonen, daß maßgebende Führer der Gewerkschaften eine neue Basis für ihre „Politik des kleineren Übels“ suchen und dabei auch vor einem Bündnis mit Schleicher nicht zurückschrecken. Es wird in diesen Tagen die

Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiter und aller Mitglieder der freien Gewerkschaften sein, in ihren Organisationen diese Fragen mit rückhaltloser Offenheit zu diskutieren und sich nicht durch irgendein bestimmt nicht ausbleibendes lahes Dementi der SPD- und Gewerkschaftsführung leicht hin beruhigen zu lassen. Mehr als je kommt es darauf an, die Augen offen zu halten und auf alle Möglichkeiten gerüstet zu sein!

## Klassenurteil für Ohlau

Montag wurde vor dem Brieger Sondergericht das Urteil wegen der blutigen Ohlauer Zusammenstöße vom 10. Juli verkündet. Von den Hauptangeklagten wurden wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Waffenmißbrauch und schweren Auftritts der Kreisleiter des Reichsbanners Durnlok zu 3 Jahren und der Ortsgruppenführer Blech zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vanin sen. erhielt wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung 2 Jahre Zuchthaus. Der sozialdemokratische Stadtrat Manche wurde wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raubhandel verurteilt. Strulik erhielt 1 1/2 Jahre und Manche 1 Jahr Gefängnis. Von den weiblichen Angeklagten erhielt Frau Kose wegen schweren Landfriedensbruchs 8 Monate und Frau Morawe 3 Monate Gefängnis. Die weiteren Strafen bewegen sich zwischen 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis.

Die vorstehende Meldung geht uns erst bei Redaktionsschluss zu, so daß wir uns eine eingehende Stellungnahme vorbehalten müssen. In diesem Augenblick aber kann und muß bereits gesagt werden, daß dieses Urteil

mit seinen ungeheuerlichen Strafen in keiner Weise den Vorgängen in Ohlau und dem Ergebnis des Verhandlungsganges entspricht. Der Spruch des Brieger Sondergerichtes ist ein Tendenz- und Racheurteil gegen die organisierte Arbeiterschaft und muß als solches den flammendsten Protest im gesamten Proletariat hervorrufen.

## Staatsanwalt beantragt 5 Todesurteile für Potempa

Nach Redaktionschluss erfahren wir durch eine WTB-Meldung: Im Potempaer Prozeß vor dem Sondergericht beantragte der Oberstaatsanwalt gegen die Angeklagten Kottisch, Müller, Gräupner, Molnitz wegen gemeinschaftlicher Täterschaft und gegen den Angeklagten Lachmann wegen politischen Totschlags die Todesstrafe sowie gegen die gleichen Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zwei Jahre Zuchthaus.

Für die Angeklagten Nowack und Hoppe beantragte der Oberstaatsanwalt wegen Beihilfe zum politischen Totschlag 5 Jahre Zuchthaus.

## Die braune Armee wird verstärkt

Der Berliner Korrespondent eines führenden englischen Blattes berichtete kürzlich, die nationalsozialistische Parteileitung habe an sämtliche körperlich gesunde Nationalsozialisten den Befehl erteilen lassen, sich innerhalb einer Woche den Sturmtruppen anzuschließen. Wer dem Befehl nicht folge, habe mit seinem Ausschluss aus der Partei zu rechnen. Nur das Attest eines dem Arztestab der SA angehörigen Arztes könne von dieser Pflicht befreien.

Die nationalsozialistische Parteileitung erklärt zwar, daß diese Meldung in der vorliegenden Form nicht zutrefte. Sie bemerkt jedoch, daß den Parteimitgliedern tatsächlich der Grundsatz, daß sie in die SA oder SS-Reserven eintreten sollen, in Erinnerung gebracht worden ist.

Damit ist also zugegeben, daß die NSDAP eine Verstärkung ihrer braunen Armee betreibt. In diesem Zusammenhang ist auch die seit einiger Zeit in der nationalsozialistischen Presse immer wiederkehrende Parole „Hinein in die SA“ zu beachten. In der gleichen Linie liegt ein Sturmtruppenbefehl der 44. SS-Standarte, den die „Welt am Montag“ heute im Wortlaut veröffentlicht und für dessen Echtheit sich das genannte Blatt verbürgt. In diesem Befehl wird insbesondere angeordnet, die Neuworbung von SS-Motorradfahrern intensiv zu steigern; innerhalb von drei Wochen

müsse überall die vorhandene Stärke verdoppelt sein.

Die Arbeiterschaft muß ihre Aufmerksamkeit gegenüber dieser Entwicklung vervielfachen, und vor allem muß an allen Orten mit verstärkter Kraft und in beschleunigtem Tempo für die Bildung überparteilicher antifaschistischer Kartelle, für die Zusammenfassung der proletarischen Abwehrformationen gearbeitet werden. Alle Ortsgruppen der Sozialistischen Arbeiter-Partei haben die Pflicht, unermüdlich und durch keinen Mißerfolg beirrbar diese im jetzigen Stadium entscheidende Aufgabe weiter zu verfolgen.

## Militärische Nachtübung der Nazi

Breslau, 22. August.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag fand in den Wäldern von Meleschwitz eine regelrechte militärische Nachtübung der SA statt, bei der mit Platzpatronen geschossen wurde. Maschinengewehrfeuer wurde mit Hilfe von Trommeln markiert. Jugendliche, die sich auf einer Nachtwanderung befanden, haben mehrere Stunden lang die Detonationen der Schüsse gehört.

## Bourgeoisie und Faschismus

P. F. Nach den Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler, bei denen es hieß „Alles oder nichts“, ist man jetzt zum Kuhhandel übergegangen. Allerhand Gerüchte durchschwirren die Luft. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht bereits eine Ministerliste, nach der eine Koalition zwischen Nazis und Zentrum geschaffen werden soll, eine Koalition, in der die Nazis das Übergewicht und die Militärdiktatur die Führung haben soll. Zugleich behauptet das Blatt, aus guter Quelle zu wissen, daß sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer in Geheimverhandlungen mit Schleicher die Tolerierung einer solchen Regierung zugestanden haben sollen. Zu diesem Punkte ist zu sagen: Wir trauen den sozialdemokratischen Führern nicht über den Weg und trauen ihnen alles zu. Aber einstweilen kündigt die SPD Mißtrauensanträge gegen die Papen-Regierung und andere parlamentarische Manöver an, die eine solche Politik nicht zulassen würden. Auch die innerparteiliche Situation in der SPD nach dem Staatsstreich gegen Preußen ist nicht dazu angetan, den Führern den Verzicht der parlamentarischen Opposition zu erlauben. Schließlich sind hier die Nazis der Wirt; sie haben das entscheidende Wort zu sprechen. Rein parlamentarische, also wirkungslose Opposition, das ist die Politik, die sich gegenwärtig der SPD aufdrängt, aber keine Tolerierung. Das schließt freilich nicht aus, daß einzelne Prominente schon heute versuchen, Brücken zum Faschismus zu schlagen. Wie die schwarz-braune Sauce abgekocht sein wird, die bei den Verhandlungen herauskommt, und ob nicht die Papen-Regierung auch gegen ein Mißtrauensvotum des Reichstags im Amt bleibt, „bis sich eine Mehrheit gefunden hat“, das hängt von manchen Zufällen ab. Um so notwendiger ist es, sich über einige grundsätzliche, das Wesen der jetzigen Regierungsverhandlungen betreffende Fragen klar zu werden.

Neulich hörten wir in einer Versammlung die Meinung, die Nationalsozialisten seien keine faschistische, sondern eine sozialistische Partei, und deshalb sei es überhaupt ausgeschlossen, daß sie jemals zur Macht kämen. Ob die Vertreter dieser Ansicht Marxisten sein wollen, ist zweifelhaft, jedenfalls glauben sie selber, Sozialisten zu sein. Die Auffassung wird durch einige Tatsachen widerlegt: Mussolini vertrat bis zur Machteroberung im Wesen dasselbe Programm wie die Nationalsozialisten, nur viel revolutionärer und sozialistischer in der Aufmachung. Die Nazis verwässern den „Sozialismus“ in ihrem Programm ständig, erst in den letzten Tagen wieder. Sie sind eng verbunden mit dem Trustkapital, ihr Kampf richtet sich allein gegen die Arbeiterklasse. Sie sitzen in Landesregierungen und sind jetzt schon ein mächtiger Aktivposten in der Reichspolitik.

Die Nationalsozialisten sind eine kleinbürgerliche Partei. Sie vertreten jene breiten Schichten der Krämer, Handwerker und Bauern, die in dieser furchtbaren Krise vom Kapital zerstampft werden und gegen das Großkapital rebellieren. In der Geschichte haben solche Rebellionen immer „sozialistische“ Züge getragen. Aber wo sieht dieser Sozialismus aus? Er wendet sich gegen das „fallende Kapital“, gegen Banken, Börse und Großhandel, gegen jene Ungeheuer also, die mit ihren Fangarmen den Kleinbürger würgen und aussaugen, die ihn in die Zinsknechtschaft stürzen, die zwischen ihm und den Konsumenten treten und vermöge ihrer höheren Organisation den größten Teil des Mehrwerts an sich reißen. Soweit sich dieser kleinbürgerliche Kapitalismus gegen das Trustkapital

leicht, ist er höchst unsicher. Kann er denn gegen das „schaffende Kapital“ Front machen, wo er sich doch auch zu ihm zählt, und der Mann-Untertanen, ein Krupp, ein Thyssen, das Ideal darstellt, nach dem sich der kleine Geschäftsmann in hoffungsloser Sehnsucht verzehrt? Spürt er den Druck des Trustkapitals, dann spiegelt er sich eine Verstaatlichung der großen Unternehmungen vor oder er flüchtet mit seinen Gedanken ins Mittelalter. Er hört die Erzählungen von Pehl- investitionen, von der katabolischen Rationalisierung, von der Hypertrophie des Produktionsapparats, die die Überproduktion hervorruft, Geschichten, die nicht wegen des Wesens der kapitalistischen Produktionsweise aufdecken. Und unser Kleinbürger möchte Maschinenstürmer werden und die kapitalistische Wirtschaft wieder in die Kinderschuhe stecken.

Bei aller bewussten Demagogie spüren solche Gedanken auch in den Köpfen der nationalsozialistischen Führer herum. Mancher von ihnen bildet sich ein, seine Partei werde all die demagogischen Dinge durchführen, mit denen sie jetzt hausieren geht, sobald sie an die Macht ist. Das ist eine dumpe Utopie. Zwar ist die faschistische Diktatur die äußerste Konzentration der Staatsgewalt und damit eine sehr starke Macht. Aber gegen die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft vermag sie sich nicht durchzusetzen.

Wohl wächst der Faschismus aus der Rebellion gegen das kapitalistische System hervor, aber als regierende Partei kann die NSDAP keine andere als großkapitalistische, trunkapitalistische Politik treiben. Nur ein Versprechen wird sie erfüllen, den Kampf gegen das, was sie Marxismus nennt.

Hier wird der Einwand erhoben: wenn es so wäre, warum hat man den Faschisten nicht schon längst die Macht übergeben? Es stehen noch genug Hindernisse im Weg. Die Arbeiterklasse ist noch nicht bereit, ein faschistisches Regiment widerstandslos über sich ergehen zu lassen. Auch in der Bourgeoisie ist die Bereitschaft noch nicht da, die Macht an die Nazis abzutreten. Nicht nur Herr Severing und das Zentrum wiegen sich in dem Gedanken, die Nazis müßten einmal „die Verantwortung übernehmen“, damit sie sich etwas abnutzen.

Warum solche Ideen bei der Bourgeoisie, wenn die Faschisten auch nur Politik im Interesse der Kapitalistenklasse machen können und das faschistische Regime die schärfste Waffe gegen das Proletariat ist?

Erstens: die faschistische Diktatur bedeutet eine unerhörte Verschärfung des Klassenkampfes. Aber die ist der Profitmacher nicht günstig. Solange die Bourgeoisie noch auf eine baldige Besserung der Konjunktur hoffte, solange sie glauben konnte, mit einem solchen Druck auf die Arbeiterklasse auszukommen, der die Arbeitermassen noch immer an der Grenze der Existenz hielt, sie nicht zur Verzweiflung und zur offenen Rebellion treiben mußte, nahm die Bourgeoisie gern die Toleranzpolitik der Sozialdemokratie an, deren Zweck war, die Arbeiterklasse zu zähmen. Die Bourgeoisie hat ihren Druck auf die Arbeiterklasse verschärft und zu immer neuen diktatorischen Maßregeln gegriffen in demselben Maße, in dem sich die Krise verschärfte. In demselben Maße verletzte sie ihr Schwergewicht auf die faschistische Bewegung. Als sie in diesem Jahre erkannte, daß die Krise einen neuen schlimmeren Winter bringen werde, warf sie die Stütze der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften weg. Sie wurde sich klar, daß gegen die Arbeiterklasse die offene Gewalt mobilisiert werden müsse, daß auch die tiefste Knechtseligkeit der sozialdemokratischen Führer nicht imstande sein werde, die Arbeiterklasse einzulullen und zu bändigen. Zu beachten ist dabei, daß die Bourgeoisie selbst keine einheitliche Klasse ist, sondern von vielen Strömungen durchkreuzt wird, und daß die diktatorischen Maßregeln aus ihrer Natur heraus zu immer neuen Schritten treiben.

Zweitens: Auch jetzt wehren sich die entscheidenden Schichten der Bourgeoisie noch, die Nazis zu den Beherrschern des Staatsapparats zu machen. Die verschiedensten industriellen und agrarischen Kapitalistengruppen haben Hitler mit Millionen gespeist, weil sie in seinen Terrorgruppen eine Waffe gegen die Arbeiterklasse sahen. Aber sie wollen den Knäuf des Schwertes in der Hand behalten. Sie wollen regieren. Die Nazis sind die Vertreter einer fremden und verachteten Klasse. Die alte herrschende Schicht, die Trustindustriellen, die Großagrarier, die alte Bürokratie, die Generalität, die will herrschen, gestützt auf die faschistische Bewegung. Der Ausdruck dieses Willens ist die Papen-Regierung. Solange es geht, wollen sie die Macht nicht teilen. Aber sie müssen jetzt schon die Erfahrung machen, daß die faschistische Bewegung ihre eigene Stoßkraft hat. Da die Bourgeoisie nicht imstande ist, zugleich gegen die Arbeiterklasse zu kämpfen und die — nach ihrer Meinung — zu frechen Machtansprüche der Nazis energisch zurückzuweisen, sie auf die Rolle des willigen Werkzeugs im Klassenkampf zu beschränken, ist die Bourgeoisie heute bereit, Hitler Konzessionen zu machen. Das Übergewicht will die Bourgeoisie noch retten.

Drittens: In jeder Klasse gibt es Gegensätze zwischen Einzel-, Gruppen- und Klasseninteresse. In keiner Klasse sind diese Gegensätze schärfer zugespitzt als in der Bourgeoisie. Die Konkurrenz ist trotz des stark ausgebildeten Monopolkapitals ihr Lebens- element. Es tobt nicht nur ein ständiger Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Unternehmern einer bestimmten Industrie, sondern zugleich ein wütender Kampf um die Macht und um den Anteil am Gesamtprofit zwischen den verschiedenen Gruppen und Fraktionen der Kapitalistenklasse. Er wird um so wilder, je gefährlicher die wirtschaftliche Situation für die ganze Klasse wird. Er kann so überwuchern, daß er die Existenz der Klasse selber in höchste Gefahr bringt.

In diesem Kampf wird regelmäßig nach der Ausprobierung der Kräfte, die hinter den

# Kampf gegen Deutschlands Aufrüstung!

## Arbeiterfront gegen neuen Krieg!

Immer bestimmter werden die Meldungen, die von deutschen Aufrüstungsplänen berichten. Unter dem Stichwort „Neuorganisation der Reichswehr“ verfolgen Schleicher und seine Mitarbeiter konsequent die Pläne, die praktisch bis in die Zeit unmittelbar nach Kriegsende zurückreichen und dem Zwecke dienen, Deutschland die militärischen Voraussetzungen für die Verwirklichung seiner imperialistischen Bestrebungen zu schaffen. Auch der Reichskanzler Papen hat in seinem letzten Interview mit dem Vertreter des englischen Reuter-Büros die deutschen Ansprüche auf Aufrüstung deutlich vorgelegt und gleichzeitig erklärt, daß Deutschland auch seine Forderungen auf Kolonien aufrechtzuerhalten.

Diese Bestrebungen des deutschen Imperialismus finden vorläufig insbesondere in Frankreich scharfen Widerspruch. Es scheint, daß die Regierung Herriot nicht gewillt ist, diesen deutschen Forderungen entgegenzukommen. Dennoch wäre es verhängnisvoll, wenn sich die deutsche Arbeiterschaft etwa dabei beruhigte, der Widerstand der französischen Regierung werde schon die Pläne des deutschen Militarismus durchkreuzen. Diese Sicherheit besteht nicht im mindesten.

Zunächst ist es durchaus denkbar, daß zwischen den französischen und den deutschen Militärs eine Verständigung über diese Fragen zustande kommt. Es ist vom Standpunkt der Papen und Schleicher durchaus nicht unklar, daß sie so lebhaft um direkte Verhandlungen zwischen den französischen und den deutschen Generälen bemüht sind. Militärs sind immer für die Aufrüstung der anderen, weil sie ihnen die beste Begründung für eigene Aufrüstung, für Verstärkung der finanziellen und materiellen Kriegsrüstungen des eigenen Landes schafft.

Schon auf dieser Basis könnte eine Verständigung zustande kommen. Dahinter aber steht durchaus auch die Möglichkeit einer weitreichenden politischen Verständigung. Gewiß haben die kapitalistischen Staaten vielerlei Konfliktstoffe gegeneinander und gewiß gilt dies auch gerade für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, aber ebenso sicher ist, daß zwischen diesen beiden Staaten starke gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen bestehen. Gerade die Kreise, die den Reichskanzler Papen emporgetragen haben und noch heute eine wichtige Stütze seines Kabinetts darstellen, arbeiten bekanntlich seit Jahren auf eine solche deutsch-französische Verständigung hin.

Diese kapitalistische Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich ist geradezu ein Musterbeispiel dafür, welche Gefahren für den Frieden und für das Proletariat mit jeder Art Außenpolitik kapitalistisch-imperialistischer Staaten verbunden sind. Vielleicht ist diese sogenannte Verständigungspolitik sogar die größere Gefahr, weil sie weite Kreise der kriegsgegnerischen Bevölkerung täuschen und einullen und außerdem die Grundlage für kriegerische Konflikte auf umso breiterer Basis, in diesem Falle etwa gegen die Sowjet-Union, darstellen kann.

Diese Gefahren einer verhängnisvollen Selbsttäuschung sind für das deutsche Proletariat besonders groß. Einerseits hat die SPD in all den Jahren seit dem August 1914 auf eine proletarische Außenpolitik verzichtet und der Arbeiterschaft eingeredet, Stresmann, Briand und andere kapitalistische Außenpolitiker vertreten die Grundgedanken sozialistischer Außenpolitik. Andererseits hat die KPD durch ihre national-bolschewistischen Tendenzen in schlimmster Weise zur Steigerung der Verwirrung in den Reihen der Arbeiterschaft beigetragen und in der Herausarbeitung einer klaren Linie proletarischer Außenpolitik vollständig versagt.

Verschiedenen Gruppeninteressen stehen, ein gewisses Gleichgewicht durch gegenseitige Konzessionen hergestellt. Aber wo es sich darum handelte, alle Gruppeninteressen zugunsten des reinen Klasseninteresses aufzugeben, da hat die Bourgeoisie bisher stets versagt. Es mußte stets eine andere Klasse kommen, die das Gesamtinteresse der Bourgeoisie gegen die verschiedenen Schichten und Fraktionen durchsetzt, aus denen sie sich zusammensetzt. So war es im Angriff, in der bürgerlichen Revolution. So muß es erst recht jetzt sein, wenn die Bourgeoisie in aller Brutalität vor die Frage der Klassenexistenz gestellt wird.

Es ist gar kein Zweifel, daß der Faschismus, die Vertretung des gegen das Kapital rebellierenden Kleinbürgertums, schließlich berufen ist, dieses Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse auch gegen die einzelnen Glieder dieser Klasse durchzusetzen. Solcher Ungeheimheiten ist die Geschichte voll. Es ist die Dialektik der Geschichte. Der Faschismus ist für diese Rolle geeignet, weil er seine Bewußt in Angriff genommenen Aufgabe sein wird, gegen jeden Widerstand und jede Hemmung die Macht des Staates zu festigen. Und im bürgerlichen Staat verkörpert sich das Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse am reinsten in der Diktatur.

Umso wichtiger ist es, daß von denen, die sich in diesen Fragen die klare kompromißlose marxistische Haltung bewahrt haben, alles geschieht, um das Proletariat auf die ihm drohenden Gefahren unermüdet aufmerksam zu machen und es zum Kampf gegen Militarismus und Imperialismus aufzurufen. Gerade hierin sehen wir eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei und ihrer Presse, eine Aufgabe, die uns von niemandem abgenommen werden kann. Diesen Kampf wird das deutsche Proletariat in erster Linie gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus zu führen haben; einmal deshalb, weil in dieser Frage ganz besonders das Wort Karl Liebknechts gilt „Der Feind steht im eigenen Land“ — dann aber auch, weil mehr und mehr die Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie einen der bedeutsamsten Faktoren in der Vorbereitung des nächsten Weltkrieges darstellen. An unserem rückhaltlosen Kampf, an unserem erbitterten Widerstand gegen diese Pläne soll es nicht fehlen!

## Gegen das neue Kriegsverbrechen

In München hat sich ein örtliches Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die ideologische und organisatorische Vorbereitung des internationalen Kampfkongresses gegen den imperialistischen Krieg in die Hand zu nehmen. Das Komitee stellt sich auf den Boden des Aufrufes von Henri Barbusse und wendet sich an die Öffentlichkeit mit einem Aufruf, der u. a. von Thomas Mann, Oskar Maria Graf, Dr. Klar erster Vorsitzender der Münchener Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft) unterzeichnet worden ist.

## Ungarns Henker wüten weiter

### Verhaftungen am laufenden Band — Was tut das Proletariat dagegen?

Wie aus Budapest gemeldet wird, hat die ungarische Polizei vor wenigen Tagen 25 revolutionäre Arbeiter und Linkserregte Intellektuelle verhaftet. Die Polizei behauptet, in Ofen eine große, mit modernen Maschinen ausgerüstete kommunistische Druckerei ausgehoben zu haben. Die Leiterin, die Näherin Kopacek, eine tschechoslowakische Staatsbürgerin, wurde verhaftet.

Die ungarischen Regierungskreise sind offenbar bestrebt, durch diese neuen Verhaftungen und Sensationsmeldungen nachträglich eine „Rechtfertigung“ für den Justizmord an den Kommunisten Sallai und Fürst, der in der ganzen Welt die größte Empörung hervorgerufen hat, zu schaffen. Es ist zu fürchten, daß auch die jetzt Verhafteten vor ein Standgericht gestellt und entweder direkt zum Tode verurteilt oder durch lange Haft in Horthys Kerkern indirekt gemordet werden.

Unter den Verhafteten befindet sich der Universitätsprofessor Dr. Josef Madzar, Madzar, der als hervorragender Soziologe bekannt ist, war während der Karolyi-Regierung Sektionschef im Wohlfahrtsministerium. Er stand auf der Linken der Sozialdemokratischen Partei, der er 25 Jahre lang angehört hat. Im vorigen Jahre wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er die reformistische Politik der Parteileitung scharf kritisiert hatte. Er antwortete darauf in einer Broschüre, die der Staatsanwalt damals

Mit der Unterzeichnung dieses Aufrufes haben sich Thomas Mann und die genannten anderen Persönlichkeiten zu folgenden Sätzen bekannt:

„Wir rufen alle Frauen und Männer ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu politischen Parteien oder Gewerkschaften und alle proletarischen, kulturpolitischen und sozialpolitischen Organisationen auf, sich zu einem großen internationalen Kampfkongress gegen den Krieg zu vereinigen. Dieser Kongress soll nicht nur der ganzen Welt die Komplexionslosigkeit von Millionen Arbeitern, Frauen und Männern manifestieren, die bereit sind, unter Einsatz ihres Lebens gegen das Kriegsverbrechen zu kämpfen und die an diesem Kongress über die Mittel beraten, die geeignet sind, die imperialistischen Kriegsvorbereitungen wirkungsvoll zu bekämpfen — von den Arbeitern hängt es ab, ob der Krieg, der im Osten gegen China schon begonnen hat, zu einem Interventionskrieg gegen die Sowjet-Union erweitert wird.“

Setzen wir uns nicht der Schmach aus, nicht zu verzeihen oder zu spät zu verstehen! Laßt uns das Gewissen wahrhaftig rein, um den Willen zu stiften! Laßt uns den geschlossenen Widerstand organisieren! Laßt uns in einer mächtigen Woge alle Menschen zusammenfassen, die ein zweites Mal — und in welchen furchtbaren Hekafolgen — betrogen und geopfert werden sollten!“

Das Komitee fordert zum Schluß die Arbeiter und Angestellten auf, in ihren Betrieben und Organisationen zu dem Kampfkongress, der am 27. August in Amsterdam von Henri Barbusse eröffnet werden wird, Stellung zu nehmen, Kampfkomitees gegen den imperialistischen Krieg zu bilden und Delegierte zu wählen.

nicht beschlagnahmte. Jetzt, nach einem Jahre, wurde die Broschüre konfisziert, und dadurch soll der Vorwand geschaffen werden, Madzar als Kommunisten zu verfolgen. Madzar ist 37 Jahre alt und kranklich; der Aufenthalt in ungarischen Kerkern würde, wie die „Wiener Arbeiter-Zeltung“ feststellt, seinen baldigen Tod bedeuten.

Unter den Verhafteten befindet sich weiter der Buchhandlungsgehilfe Alexander Poll, der schon früher 3½ Jahre Zuchthaus in Horthys Ungarn verbüßt hat. Er verließ damals, nach Abbüßung der Strafe, Ungarn und ist vor kurzem zurückgekehrt, um, wie die Budapest-Polizei behauptet, die Nachfolge Sallais zu übernehmen. Die Polizei, die ihn seit seiner Ankunft auf Schritt und Tritt verfolgt hat, muß aber selbst zugestehen, daß er keinerlei politische Tätigkeit entfaltet hat. Alles, was sie angeben kann ist, daß er mit Bekannten auf dem Ofener Donaukorsos zusammengekommen ist. Er wurde verhaftet, als er mit seinem Freund auf einer Bank saß und — wie es in dem Polizeibericht heißt — „irgend eine bedeutsame Sache besprach!“

So leicht macht es sich die ungarische Polizei mit der Verhaftung von Funktionären der Arbeiterbewegung, und genau so leichtfertig urteilen die ungarischen Standgerichte in der ganzen Welt muß sich der Protest des Proletariats gegen dieses Mordregime erheben. Aber es darf nicht bei Protesttelegrammen und Resolutionen bleiben. Es muß Aufgabe der proletarischen Massenorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften (so der Internationalen Transportarbeiterföderation) sein, schleunigst Maßnahmen zu treffen, durch die das internationale Proletariat den bedrohten ungarischen Klassengenossen praktische Hilfe leisten kann. Es müssen und können Maßnahmen getroffen werden, die die Budapest-Machthaber an weiteren Mordtaten hindern!

## Klara Zetkin schwer erkrankt

CNB. Berlin, 19. August.

Klara Zetkin ist, wie kommunistische Blätter melden, in ihrem russischen Aufenthaltsort erneut schwer erkrankt. Drei Tage lang konnte sie keine Nahrung zu sich nehmen. Es besteht die Befürchtung, daß sie in nächster Zeit nicht reisefähig sein könnte. Sie selbst habe allerdings ihren Wunsch, die Eröffnung des Reichstages durchzuführen, noch nicht aufgegeben. Nach Meldungen der kommunistischen Presse hoffe sie, sich in der nächsten Woche so zu erholen, daß sie nach Deutschland reisen könne.

# Zu den Verfehlungen im Buchdruckerverband

### Was sagt die Mitgliedschaft hierzu?

Breslau, 22. August.

Ueber die am Sonntagvormittag stattgefundene Versammlung der Breslauer freigezwecklichen Buchdrucker geht uns vom Vorstand des Buchdrucker-Verbandes folgender Bericht zu:

„Die am gestrigen Sonntag im Gewerkschaftshaus stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den im Ortsbüro festgestellten Unregelmäßigkeiten. Referenten hierfür waren die Kollegen Gauvorseher Feige und Verbandskassierer Schweinitz. Ersterer schilderte in längeren Ausführungen die Entdeckung und vorläufige Untersuchung der Vorgänge. Belastet sind die beiden Angestellten des Ortsvereins Sporn und Demmig. Die Unregelmäßigkeiten reichen zurück bis in das Jahr 1925. Der Orts- und Gauvorstand waren bestrebt, so schnell wie möglich Klarheit in die ganze Angelegenheit zu bringen und für die Aufklärung der Mitgliedschaft zu sorgen. Die beiden Beschuldigten sind sofort ihres Amtes entbunden worden. Für die Fortführung der Geschäfte machte Kollege Feige einige Vorschläge, die die Billigung der Versammlung fanden. Mit der endgültigen Neuordnung wurde eine aus der Mitte der Versammlung heraus gebildete Kommission beauftragt, welche ihre Vorschläge der später stattfindenden Generalversammlung vorzulegen hat. — Kollege Schweinitz führte aus, daß durch die primitive Buchführung die Unregelmäßigkeiten so lange unentdeckt bleiben konnten. Nach seiner bisherigen Prüfung beträgt die Höhe der fehlenden Gelder rund 10.300 RM. Nennenswerte Veränderungen werden sich kaum noch ergeben. Die sehr offenen Ausführungen der beiden Referenten fanden den Beifall der Versammlung.

In der nun folgenden Diskussion wurde das Verhalten des Sporn und Demmig gebührend gebrandmarkt und eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, die derartige Verfehlungen in Zukunft unterbinden sollen. Da es sich hierbei in erster Linie um Satzungsänderungen handelt, wurden diese der obengenannten Kommission zur weiteren Erledigung überwiesen. Einstimmig beschlossen wurde:

1. Uebergabe der Betrugsaffäre an den Staatsanwalt;
2. Haftbarmachung der beiden Schuldigen und

3. deren Ausschluß aus dem Verbands. Mit großer Entrüstung nahm dann die Versammlung Kenntnis von den Strafanträgen gegen die Ohlauer Arbeiterführer. Einstimmig wurde einer Entschlieung zugestimmt, die, falls die Strafen auch nur annähernd den Anträgen des Staatsanwalts entsprechen, für Dienstag einen zweistündigen Proteststreik fordert.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und dem Gelöbniß, trotzdem alles für seine Stärkung zu tun, wurde die sehr sachlich verlaufene Versammlung geschlossen.“

Ergänzend wird uns hierzu von unseren Genossen noch mitgeteilt: Die Erregung unter den Mitgliedern über die skandalösen Vorgänge ist eine ganz ungeheure. Am deutlichsten kam das zum Ausdruck, als einer unserer Genossen vor Eintritt in die Tagesordnung zu den Strafanträgen im Brieger Prozeß das Wort nehmen wollte. Er konnte sich einfach nicht durchsetzen, weil man sofort zu den Vorgängen im Ortsbüro Stellung nehmen wollte.

In der Berichterstattung der Kollegen Feige und Schweinitz ergab sich ein bemerkenswerter Widerspruch. Während Kollege Feige die Auffassung vertrat, daß

die Kassenbücher an sich von Sporn ordentlich geführt wurden, gab Kollege Schweinitz vom Hauptvorstand in einer sehr begrüßenswerten Offenheit gegenüber der Mitgliedschaft zu, daß die Kassenführung Sporns eine völlig systemlose war, bei der kleine Notizzettel die Hauptrolle gespielt haben und daß man bei der Revision zu verfahrenswidrigem verfahren ist und sich nicht ganz an die Vorschriften gehalten hat, die vom Hauptvorstand herausgegeben worden sind. Besonders erfreulich war, daß der Gauvorstand für die vorläufige Weiterführung der Ortsgeschäfte der Versammlung Vorschläge unterbreitete, die weitestgehend den Forderungen der Mitgliedschaft entgegenkommen und die wenige Tage zuvor, als ähnliche Forderungen vom Betriebsrat der „BNN“ erhoben wurden, von den Instanzen abgelehnt wurden. Ein Beweis dafür, daß eine zielklare Opposition innerhalb der Gewerkschaften durchaus Erfolgsmöglichkeiten hat.

Die Aussprache war eine äußerst lebhaft. Immer wieder wurde betont, daß dieser Anlaß zu einer sehr gründlichen Reorganisation benutzt werden muß. Es muß nachgeprüft werden, ob nicht innerhalb der Orts- und Gauverwaltung nennenswerte Einsparungen möglich sind. Von mehreren

Rednern wurde der Antrag gestellt, daß die Entlohnung der Verbandsangestellten in Zukunft nur noch ein geringes über dem Lohn eines hochqualifizierten Berufstätigen liegen darf. Alle diese Anträge fanden den stärksten Beifall der Versammlung. Unser Genosse Kollege wies darauf hin, daß nicht nur ein begrenztes Gehalt eine Notwendigkeit ist, sondern auch, daß sich alle Verbandsfunktionäre einschließlich der angestellten alljährlich zur Neuwahl durch Urabstimmung stellen müssen. Wenn jetzt erst einmal die Sätze geändert werden, dann sollen aber auch alle Mitglieder ihre Wünsche an die Kommission weitergeben, damit eine neue Satzung geschaffen wird, die allen Anforderungen entspricht. Zu unterstützen ist auch der Vorschlag Schultes, nach dem für alle Verbandskassierer eine einheitliche Kassenführung vorgeschrieben werden soll, weil schon allein eine solche Einheitlichkeit manche Verfehlungen verhüten kann.

In die siebengliedrige Kommission wurden auch unsere Genossen Kollege und Kubon gewählt. Außerdem gehören der Kommission einige Kollegen an, die in gewerkschaftlichen Fragen mit uns einer Meinung sind.

Genosse Kalinke begründete dann vor Schluß der Versammlung eine von unseren

Genossen vorgelegte Entschlieung zum Brieger Prozeß, die zu Beginn der Versammlung einige SPD-Lenker mit der recht einseitigen und von ihrer politischen Engstirnigkeit zeugenden Bemerkung: „Ihr wollt wohl wieder einmal Darleissuppe kochen“ abtun wollten. Der Begründung der Entschlieung konnten aber alle Kollegen nur zustimmen und so wurde dieselbe einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die am 21. August 1932 im großen Saal des Breslauer Gewerkschaftshauses tagende sehr gut besuchte, außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Breslau im Verband der Deutschen Buchdrucker nimmt mit ungeheurer Entrüstung von den skandalösen Strafanträgen des Brieger Staatsanwalts gegen die Ohlauer Klassengenossen, die an jenem Blutsonntag von faschistischen Horden provoziert und überfallen wurden, Kenntnis. Sie ruff die gesamte schlesische Arbeiterschaft zum Protest gegen diese Terrorjustiz des bürgerlichen Klassenstaates heraus. Sollten die tatsächlichen Strafen auch nur annähernd den Anträgen des Staatsanwalts entsprechen, so fordert sie den Bezirksausschuß Schlesiens des ADOB sowie alle Arbeiterorganisationen auf, für Dienstag einen

**zweistündigen Proteststreik**

auszurufen. Während dieses Proteststreiks sind in allen Betrieben Belegschaftsversammlungen abzuhalten, die sich mit dem Brieger Urteil beschäftigen müssen und in denen der Weg gefunden werden muß zur entschlossenen geistigen Aktion aller Arbeiter gegen alle Klassengegner, die Faschisten, bürgerliche Klassenjustiz und das gesamte kapitalistische Ausbeutersystem. Den Ohlauer Klassengenossen spricht die Versammlung ihre lebhafteste Sympathie aus und gelobt ihnen unverbrüchliche Solidarität.“

## Großfeuer bei Görlitz

### 2 Feuerwehrleute getötet

Görlitz, 21. August.

In einem Gartenlokal an der Neiffe, dem „Reichshof“ in Leschwitz südlich von Görlitz, brach heute gegen 1/1 Uhr nachts ein Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff und in kurzer Zeit die Betriebsanlage mit den beiden Tanzsälen bis auf die Grundmauern einscherte. Glücklicherweise war zu dieser späten Stunde nur noch der Wirt mit seiner Familie und den wenigen Gästen anwesend — die Folgen des Brandes hätten sonst unausdenkbar schwerwiegend sein können. Leider ist trotzdem die Katastrophe nicht ohne Opfer geblieben. Zwei

bewohnt, denen ebenso wie dem Wirtseuter, das ganze Mobiliar verbrannte. Die zwei tödlich verunglückten Feuerwehrleute, die Familienväter von je drei Kindern waren, wurden von den Gesteinmassen verschüttet und so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus verstarben. Außer den zwei weiteren Personen, die Rauchvergiftungen erlitten, wurden noch ein Bewohner des oberen Stockwerkes verletzt und ein weiterer Leschwitzer Feuerwehrmann ist an Rauchvergiftung erkrankt. Beim Eintreffen der Feuerwehr ertönten bereits aus den oberen Stockwerken Hilferufe der Bewohner. Die Feuerwehr mußte mit Rauchmasken und Hakenleitern die eingeschlossenen Bewohner, denen der Ausgang über die Treppen versperrt war, retten. Es gelang auf diese Weise, fünf Menschen in Sicherheit zu bringen.

## Vergiß es nicht!

### Du mußt

heute Montag, 20 Uhr, zu Hoffmann in Pöpelwitz zur Mitgliederversammlung des Schutzbundes kommen

Leschwitzer Feuerwehrleute wurden von einer einstürzenden Giebelmauer erschlagen und zwei andere Personen erlitten schwere, wenn auch nicht lebensgefährliche Rauchvergiftungen. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt, doch wird Brandstiftung vermutet. Der Sachschaden ist außerordentlich groß, man schätzt ihn auf 150.000 bis 180.000 Mark, eine Summe, die aber zum größten Teil durch Versicherung gedeckt sein dürfte.

Görlitz, 21. August.

Der „Reichshof“ wurde außer der Gastwirtsfamilie noch von sechs anderen Familien

## Den trunksüchtigen Ehemann erschlagen

Waldenburg, 20. August.

Heute morgen wurde der Bohnwärter Lehrlig in Rudolfswaldau in seinem Bett blutüberströmt tot aufgefunden. Nach dem eigenen Geständnis der Frau hat sie ihren Mann, als er gestern betrunken nach Hause kam und mit ihr Streit anfang, mit einem abgebrochenen Flintenkolben erschlagen.

Zu der Schreckenstat wird noch gemeldet, daß die Ehe sehr unglücklich war, da Lehrlig dem Trunk ergeben war und im Rausch die Frau schwer mißhandelte. Als Lehrlig gestern abend mit besonderer Roheit auf die Frau einschlug, ergriff diese in der Verzweiflung einen abgebrochenen Flintenkolben und schlug solange auf den Mann los, bis er tot liegenblieb. Die amtlichen Untersuchungen setzten sofort ein; sie hatte das Ergebnis, daß das Geständnis der Frau Lehrlig auf Wahrheit beruht.

## Zum Totschlag in der Brunnenstraße

Breslau, 20. August.

Die Vernehmung der Ehefrau Elise Hoffmann, die den 36jährigen Straßenbahnschaffner Paul Bratky in ihrer Wohnung nach einer längeren Auseinandersetzung erschossen hat, hat ergeben, daß die Täterin zur Zeit bei einem Arzt wegen eines Nervenleidens in Behandlung steht. Angeblich sollte sie in Kürze in ein Sanatorium überführt werden. Während aus der ersten Darstellung am Tatort zu entnehmen war, daß die Tat mit Absicht ausgeführt worden war, schildert Frau Hoffmann den Vorfall jetzt so, daß ein Unglücksfall vorliege. Sie will nach ihrer jetzigen Darstellung die Waffe in die Hand genommen, aber nicht die Absicht gehabt haben, ihrer Liebhaber zu erschließen. Bratky soll angeblich noch die Aeußerung getan haben: „Ach, das alte Ding geht doch nicht los, kannst ruhig mal abdrücken“. Der Schuß wurde Bratky beigebracht in dem Augenblick, als er der Täterin den Rücken drehte. Eine schwere Schußverletzung hinter dem linken Ohr führte den Tod in wenigen Minuten herbei. Die Vernehmungen der Täterin dauern noch an.

## Was geht bei der Arbeiterbank vor?

Breslau, 22. August.

Es werden Gerüchte laut, denen zufolge sich der Direktor Behnke von der hiesigen Arbeiterbank Unregelmäßigkeiten zuschulden hat kommen lassen.

Sollte sich dieses Gerücht bewahrheiten, wäre somit eine neue Skandalaffäre eines Arbeiterunternehmens aufgedeckt. Die proletarische Oeffentlichkeit hat das Recht, umgehend Gewißheit und Aufklärung zu verlangen.



# Jeder kennt sie, „die köstliche Juno“

### und ihren durch hervorragende Güte festbegründeten Ruf.

Dieser verpflichtet zu Höchstleistungen, welche Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien verbieten.

### Erlesene Tabake-Frische und volles Format, nur diese Tatsachen sollen für Juno sprechen.





# „Wunder“ auf der Berliner Funkausstellung

Die diesjährige Funkausstellung ist eröffnet! Nach dem üblichen Klöppeln, den der Deutsche nun eben nicht missen oder von dem er — wenn er ihn schon missen möchte — nicht verschont werden darf. Diverse Doktoren, Herren von und Minister haben von Deutschlands Tüchtigkeit und Größe gesprochen und davon, daß Deutschland über allem in der Welt steht.

Es ist wie eine Fata Morgana: In einer Zeit, wo fast die Hälfte der Menschen hungert auf der Straße liegt, feiert die Technik Triumphe, die Technik, die eigentlich alle glücklich machen müßte. Denn es ist ein gewaltiger Schritt wieder vorangegangen auf diesem ungeliebten Gebiet der Elektrotechnik.

Vorherrschend auf der Ausstellung sind überall die relativ billigen Apparate; der Preis eines kompletten Apparates mit eingebautem Lautsprecher ist kaum mehr höher als vor zwei, drei Jahren ein guter Lautsprecher. Aber trotzdem: welcher Prolet kann schon 100 Mark an ein Radiogerät wagen? Obschon: der Funkindustrie geht es noch gut. Der Absatz ist seit dem letzten Berichtsjahre nur um ein Prozent gesunken, während die übrige Elektrotechnik fast um 40 Prozent hat ihre Kapazität zurückschrauben müssen. Die Apparate sind verbessert, und durch Frequenzsysteme hat man die Wirkungsmöglichkeit und Klangfülle der Lautsprecher wesentlich erhöht.

Das interessanteste aber auf dieser Ausstellung sind die Sonderschauen. Voran das Fernsehen. Die Reichspost hat einen be-

sonderen Versuchssender aufgebaut, und die Resultate sind schon recht beachtlich. Es wird nicht lange mehr dauern, und wir werden das große Glück genießen, unsere geliebten Staatsoberhäupter bei ihren täglichen Rundfunkreden persönlich zu bestaunen, oder gar die Militärkapellen, die uns jetzt täglich die Musik des dritten Reiches vormachen. Weil wir gerade dabei sind: Das dritte Reich wird schon dafür sorgen, daß es der Funkindustrie nicht mehr lange gut geht! Denn wenn öde jetzt das Programm der Funkstunde nicht an, auch wenn er politisch nichts einzuwenden hätte? Hörsstreik ist hier das einzig richtige!

Am interessantesten wohl ist die Sonderschau des Herz-Institutes: Elektrische Musik. Auf den Klavieren, der Orgel, dem Cello sind kleine Abnehmermagnete angebracht, die die Schallschwingungen der Saiten direkt — nicht erst über den akustischen Umweg zum Mikrophon — in elektrische Wellen umsetzen. Dadurch sind ungeahnte Möglichkeiten zur Tonänderung und Tonverbesserung gegeben. Dann gibt's noch besondere Instrumente mit den sonderbarsten Namen, deren Leistungen verblüffend sind. Und hier wieder am interessantesten die „Musik aus der Luft“. Der Musikant stellt sich vor einen Stab; die Musik macht er mit der Hand, und zwar sind die Töne höher oder tiefer, je näher oder weiter er seine Hand dem Stab nähert oder entfernt. Fortschrittlichste Technik im Zeitalter brutaler Reaktion. Den Widerspruch merken wir am eigenen Leib! I. II.

## Indische Arbeiter für den Antikriegskongreß

Die Arbeiterpartei Indiens hat dem Internationalen Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg anlässlich der bevorstehenden Eröffnung des Kongresses in Amsterdam ein Begrüßungstelegramm übermittelt, dessen Inhalt wir hier in kurzer Zusammenfassung wiedergeben:

Die indischen Arbeiter wünschen dem Kongreß einen großen Erfolg. Sie wissen, daß die Kapitalisten aller Länder einen Krieg herbeisehen, der sie in die Lage setzen würde, ihren Ausbeutungsgelüsten, vor allem ihrem Verlangen nach Ausbeutung der Kolonialvölker, Genüge zu tun. Sie bereiten ein Blutbad vor, das sie mit Hilfe des japanischen Imperialismus und der gänzlich verbürgerlichten Kuomintang unter den „Roten“, das heißt unter den Bewohnern der chinesischen Sowjetgebiete umsetzen wollen. Aber auch auf die Sowjetunion richten sie ihre Blicke. Wir jedoch wollen alles daran setzen, dieses einzige Vaterland der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu verteidigen. Die indische Arbeiterpartei ersucht den Amsterdamer Antikriegskongreß, eine intensive Propaganda in diesem Sinne zu entfalten. Die Arbeiter Indiens ihrerseits geloben, daß sie der kapitalistischen Ausbeutung mit aller Kraft entgegenzutreten werden und daß sie nicht zögern werden, im Augenblick eines Kriegsausbruches ihre Solidarität mit den ausgebeuteten Massen nicht nur ihres eigenen Landes, sondern der ganzen Welt aktiv zu bekunden.

## Schwere Kämpfe in Brasilien

Rio de Janeiro, 20. August. Die Aufständischen haben in der Gegend der Mantegueras-Berge eine heftige Offensive eröffnet, die jedoch von den Regierungstruppen erfolgreich abgewiesen werden konnte. Die Aufständischen erlitten bei ihrem Angriff, der nach einer Verlautbarung des brasilianischen Kriegsministeriums die schwerste Kampfhandlung seit Beginn des Aufstandes darstellt, bedeutende Verluste.

## Bolivienkrieg geht weiter Kämpfe im Gran Chaco

WTB. Asuncion, 20. August. Die bolivianischen Truppen haben das 30 Kilometer südlich von Fort Boqueron gelegene Fort Falcon erfolglos angegriffen, das eine große strategische Bedeutung im Gran Chaco hat. Fort Boqueron war am 31. Juli von den Bolivianern besetzt worden.

## Argentinien und der Völkerbund

WTB. Buenos Aires, 20. August. Im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erstellte der Außenminister einen Bericht über den eventuellen Beitritt Argentiniens zum Völkerbund. Der Außenminister trat nachdrücklich dafür ein, und man ist in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß sich auch der Ausschuß demnächst für den Beitritt Argentiniens zum Völkerbund aussprechen wird.

## Chilienisches Pulverlager explodiert 6 Tote

WTB. Paris, 20. August. Bei einer Explosion im Pulverlager von Poirerillos kamen, wie Max von Santiago de Chile meldet, ein Ingenieur und vier Arbeiter ums Leben. Viele Personen sind verletzt worden.

## Gorguloffs Berufung verworfen

Paris, 20. August. Der Kassationshof hat heute die von dem Mörder des Präsidenten der Republik Doumer, Paul Gorguloff, gegen das Todesurteil eingelegte Berufung verworfen.

## Hungerstreik in polnischen Gefängnissen

Warschau, 21. August. 32 junge Ukrainer, die seit vier Monaten im Gefängnis von Przemysl in Untersuchungshaft sitzen, ohne daß ihnen die Anklage zur Kenntnis gebracht wurde, verbrachten heute den 7. Tag im Hungerstreik, durch den sie Beschleunigung des gegen sie eingeleiteten Verfahrens zu erzwingen hoffen.

## Chinesische Kaufleute wegen Boykottbruches zum Tode verurteilt

Paris, 20. August. Nach einer Meldung der Agentur Indo Pazifik aus Schanghai hat das Volksgericht von Nanking zwei Kaufleute wegen Verkaufs japanischer Waren zum Tode verurteilt, weil sie Verräter sind.

## Bei einem Gewittersturm gekentert

London, 22. August. Der Gewittersturm, der Sonnabend Mitternacht über England wütete, hat, wie heute bekannt wird, erheblichen Schaden angerichtet. Zahlreiche Häuser wurden vom Blitz getroffen. In der Nähe der Isle of Wight ist ein kleines französisches Schiff untergegangen. Der Kapitän und zwei Mann der vierköpfigen Mannschaft sind ertrunken, die beiden übrigen wurden von einer Yacht gerettet.

Bei Clayton on Sea kenterte ein Motorboot, wobei einer der Insassen ertrank, die übrigen fünf konnten gerettet werden.

Senburg, 22. August. In einem plötzlich aufkommenden Gewittersturm kenterte gestern auf dem Czoos-See bei Senburg ein mit einem Segel versehenes Flachboot. Von den vier Insassen konnte sich nur einer retten.

## Nordlandexpedition entdeckt unbekanntes Insel

Moskau, 20. August. (Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Die Funkstation des Eisbrechers „Russanoff“ meldet, daß die sowjetrussische Nordlandexpedition in der Gegend 75 Grad 48 Minuten nördlicher Breite und 81 Grad 20 Minuten östlicher Länge bisher unbekanntes Insel entdeckt habe. Die Inseln sollen etwa 90 Meter hohe, felsige Steilufer besitzen.

## Überfallwagen rast gegen einen Baum

Herford, 21. August. Heute früh verunglückte der Überfallwagen der Herforder Polizei bei der Rückfahrt von einer Streife. Wahrscheinlich durch Plätzen des rechten Vorderreifens geriet der Wagen auf der absteigenden Straße ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Alle Insassen wurden herausgeschleudert. Ein Polizeihauptwachmeister erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Vier Polizeibeamte wurden teils schwerer, teils leichter verletzt. Der Führer des Wagens, der nur leichte Verletzungen erlitten hat, schoß sich auf dem Hof der Polizeiwache in der Aufregung mit seiner Dienstpistole eine Kugel in den Kopf. Er liegt hoffnungslos darnieder.

Das Überfallkommando war von unbekannter Seite angegriffen worden, da in der Mindener Straße eine schwere politische Schlägerei im Gange sei. Auf der Rückfahrt von der ergebnislosen Suche trat dieses Unglück ein. Schon zweimal vorher war das Überfallkommando unnötigerweise alarmiert worden.

## Zwei tödliche Verkehrsunfälle

Breslau, 21. August. Auf der Chaussee Kleefeld-Tinz ereignete sich Sonntag früh ein schwerer Verkehrsunfall, dem zwei Personen zum Opfer fielen. Kurz vor 3 Uhr fuhr das Motorrad (eine 500-ccm-Triumph-Maschine) der Arbeiter Langfeld und Malguth aus Breslau-Krietern, die von Tinz kamen, in das Motorrad des Buchhalters Waller Claus aus Langenbielau, Kreis Nimptsch (eine kleine DKW-Maschine), der auf dem Sozias eine Dame sitzen hatte, hinein. Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen haben wahrscheinlich die beiden Erstgenannten ein zu scharfes Tempo gehalten und die Kurve falsch geschritten. Der Buchhalter Claus und seine Begleiter, die noch nicht identifiziert werden konnte, wurden sofort getötet. Die Leichen wurden in die Leichenhalle nach Kleefeld geschafft. Der Arbeiter Malguth erlitt einen Schädelbruch und liegt in bedenklichem Zustand in einem Breslauer Krankenhaus darnieder. Langfeld kam mit geringeren Verletzungen davon.

Langenbielau, 20. August. Auf der Straße von Weigelsdorf nach Langenbielau stieß ein mit zwei Langenbielauer Geschäftsleuten besetztes Motorrad mit einem Radfahrer, dem Handelsmann Spiller aus Raudnitz, zusammen. Ein später die Unfallstelle passierender Motorradfahrer fand die drei Personen benennungslos auf der Straße liegen. Die Verletzten wurden ins hiesige Krankenhaus übergeführt, wo der Handelsmann Spiller seinen schweren Verletzungen erlag. Die beiden Motorradfahrer wurden schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

## Unwetterschäden

Hamburg, 21. August. In Schleswig-Holstein und in den Elbegebieten ging heute nachmittags ein sehr schweres Unwetter nieder. Dabei entwickelte sich auch eine Windhose. In den von ihr betroffenen Ortschaften und in ihrer Umgebung wurden vielfach Gebäude beinahe völlig zerstört. Allein in Hiffeld sind nach privaten Berichten vierzig Wohnhäuser durch die Windhose vollkommen abgedeckt worden und haben auch sonst schweren Schaden genommen.

## Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50 Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Es ist eine Utopie, wenn man glaubt, mit einem einzigen großen Schlag die siegreiche Revolution zu machen. Nein, es ist mehr es ist ein Verbrechen, derartiges zu glauben und zu propagieren! Die revolutionäre Energie, die revolutionäre Tatkraft werden nur im Kampfe erzeugt geboren, gestärkt, gehoben. Der revolutionäre Kampf, das sind revolutionäre Aktionen, sind Straßendemonstrationen, sind Generalstreiks...“

„Diese Ideen haben wir doch schon mal gehört. Bucharin hat uns vor vier Wochen dasselbe erzählt!“

„Das ist revolutionäre Gymnastik!“ ruft Barth.

Liebknecht besachtet den Einwurf nicht. Er redet weiter — die Augen wieder unverwandt geradeaus gerichtet. Auf seinem Gesicht, über seinem Körper ist eine Starre ausgebreitet, die Besessenheit einer Idee; die breite Masse, die in gepferchten Mietskasernen wohnt, die um Hungerstrahlen Schlange steht, die in den Fabriken für den Profit frohnt, diese ganze große Masse muß in Bewegung gebracht werden, und die Revolutionäre können bei diesem Prozeß nur der Saureteig sein. Die Einzelnen und auch die Obleute müssen untergehen in den Massen, um sie von innen her zu revolutionieren. Liebknecht redet sich in immer größere Begeisterung hinein. Er entzündet sich an der Idee des marschierenden, alle Fesseln sprengenden Volkes. Jeden seiner Gedanken bekräftigt er mit der ihm eigenen Bewegung seiner Lippen.

„Darum sage ich Ihnen und fordere von Ihnen, zu beschließen, daß morgen im Anschluß an die stattfindenden Versammlungen

Straßendemonstrationen stattfinden! Und nicht nur Straßendemonstrationen, sondern Straßendemonstrationen mit der Parole der allgemeinen Bewaffnung! Es wird zu Zusammenstößen mit der Polizei kommen; es wird Blut fließen — es werden Verhaftungen erfolgen! Dies wird Proteststreiks auslösen! Die Ludendorffs und die Scheidemanns werden sie zu unterdrücken suchen! Neues Blutvergießen, neue Verhaftungen, Solidaritätskundgebungen, größere Streiks, Streiks in neuen Orten, neue Demonstrationen, brutale Unterdrückung, gewaltigere Ausdehnung des Kampfes, Anschwellung der revolutionären Energie, der revolutionären Tatkraft, revolutionärer Straßenkampf, Desorganisation im Heere und zuletzt Revolution! So und nur so allein erfolgt revolutionäre Schulung, erfolgt der revolutionäre Sieg...“

Immer noch ein Satz, begleitet von dem mechanischen Taktschlag seiner linken Hand. Liebknecht glaubt an dieselben Massen, die Barth nur von ihren schlechten Seiten her kennengelernt hat, die 1914 „Hurra“ riefen, die sich nur schwer wieder in Bewegung setzten, und zu wirtschaftlichen Streiks aufriffen, die jede Niederlage hilfloser macht. Barth hat die Massen in ihren erbärmlichsten Zuständen kennengelernt — in überfüllten Mietskasernen, in Heilstätten, in kriminellen Abteilungen der Strafanstalten. Und er überträgt seine bitteren Erfahrungen auf die breiten Volksschichten und glaubt nicht, daß sie jemals freiwillig für ideale Forderungen marschieren werden. Sie müssen im geeigneten Moment gezwungen und angeführt werden wie Soldaten. Zu diesem Zweck ist die Organisation der Revolutionären Obleute aufgebaut worden. Das ist die Rolle, die Barth ihnen zugeordnet hat.

Barth steht auf: „Wie 1914 darf es nicht wieder kommen — die Führer fielen um, und die Massen fielen hinterher. Es ist nach meinem Dafürhalten einige Minuten vor zwölf und es wäre wahrheitsgemäßer Dilettantismus, wollten wir jetzt dem Gegner unsere Vorbereitungen verraten, ihm damit die Möglichkeit geben, uns niederzuschlagen und so unsere Aktionsfähigkeit vergebend, um in der Stunde, da es zu handeln

gilt, am Boden zu liegen! Genossen, ich appelliere an Ihre Vernunft! Losschlagen ja; aber nicht zu früh und nicht zu spät!“

Liebknecht wendet sich noch einmal an die Obleute:

„Ich bitte Sie, prüfen Sie meine Vorschläge, meine Forderungen, und entscheiden Sie in meinem Sinne. Die Stunde gebietet, nicht zu wagen den entscheidenden Endkampf, das ist Utopie! Sondern zu wagen den Beginn der Kämpfe, der wahrhaft revolutionären Kämpfe, den ersten Kampf, der die andern, sich immer steigenden, den Sieg verbürgenden, im Schoße trägt!“

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Kiel

29. Oktober 1918! Am selben Abend, an dem der Kaiser von Berlin ins Hauptquartier flüchtete, zur selben Stunde, da Karl Liebknecht in der Sitzung der Revolutionären Obleute das Wort nahm und zum revolutionären Massenkampf aufforderte, erhielt die deutsche Hochseeflotte den Befehl zum Auslaufen.

„Hochseestreitkräfte sollen zum Schlagen gegen englische Flotte eingesetzt werden!“ lautete die von Admiral von Scheer aus dem Großen Hauptquartier übermittelte Order an den Flottenchef. Der Flottenchef ließ die Geschwaderchefs zu einer Besprechung auf sein Flaggschiff kommen. Und die zu ihren Formationen zurückgekehrten Geschwaderchefs riefen die Kommandanten und Offiziere ihrer Schiffe zusammen und teilten ihnen mit: „Die Hochseestreitkräfte sollen auslaufen und nach dem Englischen Kanal vorstoßen, um den rechten Flügel der deutschen Front zu entlasten. Stoßen wir dabei auf die englische Flotte, nehmen wir den Kampf auf!“

Die Aufklärungsstreitkräfte sind schon ausgelaufen.

Die Linienschiffgeschwader liegen noch im Jadebusen vor Anker. Vier Geschwader, zwelunddreißig Schiffe mit 30 000 Mann Besatzung. Auf Schilligreed, am äußeren Flügel der Flotte, liegen die zum III. Geschwader gehörenden vier Schiffe der schnellen Division: der „König“, der „Kronprinz“, der „Markgraf“, der „Große Kurfürst“.

SMS „Großer Kurfürst“ liegt zwischen dem „König“ und dem „Markgraf“.

Wie auf den anderen Schiffen sind alle Lichter nach außen abgeblendet. Die Matrosen liegen auf den linoleumgedeckten Böden der Kasematten, oder sie hocken im Schein der elektrischen Lampen hinter den geladenen Kanonen. Ihre Stiefel und Kleider haben sie anbehalten. Sie warten, wie sie vierzehnhundert Jahre lang gewartet haben. Sie warten auf den Morgen oder auf ein Ereignis.

Anders die Heizer, die haben zu tun. „Dampfmaschinen für zwölf Meilen Marschfahrt!“ ist von der Brücke her durchgesagt worden. 20 Kessel hat das Schiff, 200 Quadratmeter Rostfläche mit 60 Feuerlöchern. Davon stehen die Heizer der Wache, mit Schürhaken und mit Schaufeln. Sie werfen auf, schüren die Glut, fischen Schlacken. Die Trimmer schleifen Kohlen heran. Die halbnackten Leiber sind rot überglüht. Auf die vom Kohlenstaub überpuderte Haut zieht der Schweiß weiße Rinnen.

„He, Job, nu aber los, ran hier die Kohlen!“

„Das geht ja gar nicht heute, was ist denn los?“

„Der kann hinten nicht hoch, das kommt davon!“

„Das kommt davon — von dem Grünkohl heute Mittag! Und die Marmelade abends, von der kriegt man auch nichts in die Knochen!“

„Den Grünkohl habe ich gleich wieder ausgekotzt, so ein Fraß!“

„Nu mach schon, der Schlackendreck, der verfluchte — weg damit endlich! Wielange soll das Zeug noch hier rumliegen?“

Job füllt die Eisenpütze mit Schlacken. Er ruft den zweiten Trimmer; beide schleifen die Pütze zum Aufzugschacht und hängen sie an die Winde.

„Achtung!“ ruft ein Heizer, ein baumlanger Kerl, und reißt die Stange, die beim Aufwuchten der Schlackenkruste krumm geworden ist, aus dem Feuer heraus und schleudert sie auf die Fliesen hin: „Das soll ein Schüreisen sein — so ein Dreck, so ein verdammter weich wie Butter!“

Der Heizer wischt sich die Stirn ab:

(Fortsetzung folgt.)

# Die Zuchthausanträge

Ohlauer Prozeß — Staatsanwalts-Plädoyer — „Die Schweine müßte man erschließen“

(Von unserem nach Brieg entsandten Sonderberichterstatter)

Die Verhandlung am Sonnabend brachte die Plädoyers der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft. Den grundsätzlichen Teil der Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Buhl, der auch die Strafanträge stellte, während Staatsanwalt Haude sich lediglich mit der wenig ergebnisreichen juristischen Begründung der Strafanträge beschäftigte.

Der Staatsanwalt ist der natürliche Gegenspieler des Angeklagten, doch die bürgerliche Rechtswissenschaft behauptet, er sei mehr, er trage zur Aufklärung des Rechts bei.

Diese bürgerliche Theorie kann von unserer Seite nur bestritten werden. Der Staatsanwalt ist der Anwalt des Klassenstaates, das heißt der jeweils herrschenden Klasse. Seine Aufgabe ist nicht die Aufklärung des Rechts, sondern der Schutz der Interessen der herrschenden Klasse. Diese marxistische Auffassung von der Funktion des Staatsanwalts ist wieder einmal durch das Plädoyer des Oberstaatsanwalts Buhl als richtig erwiesen worden.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß der größte Teil der Angeklagten teils die ihnen zu Last gelegten Taten nicht begangen hat, teils eine Täterschaft überhaupt nicht vorliegt. Oberstaatsanwalt Buhl verhielt im großen ganzen auf dem ihm vom Interesse der herrschenden Klasse gewiesenen Standpunkt. Er arbeitete mit primitivster Schwarz-Weiß-Malerei. Alle Nationalsozialisten waren weiß, das heißt „arme“, „bedauernswerte“, „unbewaffnete“ Menschen, die keinem Menschen auch nur ein Haar krümmen wollten. Die Angeklagten aber wurden als Menschen „mit einfachst konstruierten Hirnen“ bezeichnet, die sich durch „wüste Hetzreden“ zum „Hag gegen Volksgenossen, die sich redlich Mühe geben, das deutsche Vaterland zu erneuern“ hätten aufstacheln lassen. Nicht genug mit diesen unerhörten Herabsetzungen der Angeklagten, machte der Oberstaatsanwalt den Versuch einer Attacke gegen die gesamte Linkspresse, die „absolut unrichtige Darstellungen“ von den Verhandlungen gegeben hätte. Wie wenig diese vollkommen aus der Luft gegriffenen Behauptungen Buhls mit der Wirklichkeit zu tun haben, zeigt sich allein bei Betrachtung der Überschriften der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung“: „Bereits am ersten Verhandlungstag die Planmäßigkeit des Ueberfalls festgestellt“ (16. 8.), „So wütete das Reichsbanner in Ohlau“ „Die Planmäßigkeit des Ueberfalls erneut festgestellt“ „Reichsbanner durch Zeugnisaussagen schwer belastet“ (17. 8.), „Unerhörte Manöver jüdischer Verteidiger im Ohlauer Reichsbannerprozeß“ (18. 8.), „Eindeutig klares Schlussergebnis der Beweisaufnahme: Vorbereitung und Blutschuld des Reichsbanners erwiesen“ (20. 8.). Kein Tag der Verhandlung, kein Wort eines Zeugen, das nicht zu einer Waffe gegen die Angeklagten gemacht werden sollte. Und angesichts dieser Tatsachen hatte Oberstaatsanwalt Buhl die Stirn, die Linkspresse der Unsachlichkeit zu zeihen. Wie wenig gerade dieser Herr zum Richter über Sachlichkeit und Unsachlichkeit berufen ist, sollte sich nur zu deutlich im weiteren Verlauf seines Plädoyers zeigen.

Einer der vielen faschistischen Zeugen hatte unter anderem von den Angeklagten gesagt, man müßte „diese Schweine“ erschließen. Dieser Ausspruch hatte es bezeichnenderweise — wahrscheinlich wegen seiner Sachlichkeit — dem Oberstaatsanwalt angetan. Er wiederholte ihn nicht nur ausdrücklich in seinem Plädoyer, sondern er fand ihn auch in keiner Weise verwerflich. Damit hat Oberstaatsanwalt Buhl sich zu den Mordwünschen der Faschisten bekannt, nachdem er zuvor nach der Methode „Haltet den Dieb“ sich schützend vor die vor einigen Tagen nur mit Recht von der Verteidigung angegriffene faschistische Presse gestellt hatte. Diese grundsätzliche Einstellung des Anklagevertreters fand ihren Ausdruck in den Strafanträgen, die schließlich gestellt wurden. Gegen 43 Angeklagte war in der Anklageschrift auf Grund der Voruntersuchung Anklage erhoben worden. Bei sechs Angeklagten mußte sogar dieser Staatsanwalt Freispruch beantragen. Gegen die übrigen 37 Angeklagten wurden insgesamt 22 Jahre Zuchthaus und über 25 Jahre Gefängnis beantragt, so daß 37 Menschen zu 47 Jahren Haft verurteilt werden sollen. Die einzelnen Strafanträge liegen zwischen 4 Monaten und 1½ Jahren Gefängnis sowie zwischen 2 und 6 Jahren Zuchthaus. Der tollste der Zuchthausanträge ist wohl der Strafantrag gegen Stadtrat Manche auf 4 Jahre Zuchthaus. Wohlwollend in Form und Inhalt unterschied sich das Plädoyer Dr. Brauns von den Ausführungen des Oberstaatsanwalts Buhl, von dem der Brieger Arbeiterschaft bekannt ist, daß er am Tage des Nazisporkfestes schwarzweiß-rot geflaggt hatte, der darüber hinaus als Faschistenfreund und Reaktionär bekannt ist.

Rechtsanwalt Dr. Braun erinnerte an die achtzigjährige Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, von der er sagte, daß sie nicht eine Geschichte des brutalen Kampfes der Arme, sondern des Ringens der Geister sei. Er zeigte, daß die Absichten und Ziele des Reichsbanners im Gegensatz zu seinen faschistischen Gegnern durchaus friedliche seien. Er geißelte die einseitige Darstellung der Staatsanwaltschaft. Er führte gegenüber der Behauptung Buhls, der von einem glänzenden Verlauf des Brieger Sportfestes der Nationalsozialisten gesprochen, den Beweis des provokatorischen Verhaltens der SA-Leute noch vor den Ohlauer Zusammenstößen in Brieg. Ferner erledigte Dr. Braun von vornherein die ungerechtfertigte Behauptung von vorbereiteten Ueberfällen des Reichsbanners auf die SA allein schon durch den Hinweis auf die riesige Uebermacht, in der

sich die SA den Ohlauer Reichsbannerleuten gegenüber unbestreitbar befand. Schließlich wandte sich der Verteidiger gegen die gegen seine Person von den Schlesischen Tageszeitungen ausgestreuten Verleumdungen, die der Oberstaatsanwalt offenbar als ganz in seinem Sinn in keiner Weise zu rügen für notwendig erachtet hatte.

Im nächsten Abschnitt seines Plädoyers wies Dr. Braun die Blutschuld der SA-Leute nach, die durch ihr aufreizendes Benehmen die Ausschreitungen in Ohlau selbst ausgelöst haben. Mit viel größerer Berechtigung als der Staatsanwalt vermochte Dr. Braun jenen Zeugnisausspruch von den „Schweinen, die erschossen“ werden müßten, zu zitieren, als er von den heimtückischen Ueberfällen der SA-Leute auf harmlose Passanten, von ihrem Feuerüberfall in der Oderstraße in Ohlau, bei dem zwei Frauen verwundet wurden, berichtete. „Diese Schweine, die grundlos Unschildige überfallen, die in Häuser eindringen und wehrlose Frauen beschreiben, müßten erschossen werden!“ Dann wandte sich Dr. Braun den einzelnen Angeklagten zur Last gelegten Handlungen zu. Er konnte für zehn der von ihm verteidigten 15 Angeklagten vollkommene Freispruch beantragen und für fünf weitere Angeklagte erheblich entlastende Momente anführen.

Bei sechs der von Dr. Förder verteidigten Angeklagten hatte, wie schon erwähnt, die Staatsanwaltschaft selbst Freispruch beantragen müssen, da die gegen diese Personen erhobenen Anklagen durch die Ergebnisse der Beweisaufnahme vollständig in sich zusammengebrochen sind. Auch bei der Mehrzahl der von dem gleichen Anwalt vertretenen

weiteren 26 Angeklagten konnte Freispruch von der Verteidigung beantragt werden. Dr. Förder kennzeichnete mit besonders scharfen Worten den unerhörten Strafantrag gegen Manche, der auf Jahre ins Zuchthaus geschickt werden soll, weil er von den SA-Leuten grundlos überfallen und nicht nur viehisch mißhandelt, sondern auch noch beraubt worden ist. Gegenüber der Strafantragsbegründung, daß Manche sich des schweren Landfriedensbruchs und des Rußhändels schuldig gemacht habe, konnte die Verteidigung nachweisen, daß weder das eine noch das andere den Tatsachen entspreche. M. hat nämlich nachweislich an keiner Auseinandersetzung am Ohlauer Blutsonntag teilgenommen, er hat sich auch nicht in Rußhandel mit den SA-Leuten eingelassen, sondern er hat sich lediglich, als man ihn überfiel, zur Wehr gesetzt, — das ist aber nicht strafbar. So konnte Dr. Förder vollkommene Freispruch für Manche beantragen.

Nachdem nun die Verteidigung gesprochen hat, liegt die ganze Wucht der Entscheidung bei den drei Richtern des Sondergerichts. Sollte das Gericht im Sinne der Strafanträge zu einer Verurteilung der Angeklagten kommen, dann würde damit den nationalsozialistischen Provokateuren geradezu ein Freibrief für weitere Gewalttaten ausgestellt werden, dann würde von diesem Sondergerichtsprozeß nicht eine Beruhigung, sondern ein neues Ansteigen der nationalsozialistischen Terrorwelt in Deutschland und im besonderen in Schlesien die Folge sein. Die Vormittagsgstunden des heutigen Tages werden uns zeigen, was die Beamten des deutschen Klassenstaates höher schätzen: Die Gerechtigkeit oder das Interesse der herrschenden Klasse.

## Der Nazimord von Potempa restlos enthüllt

### Die 29 Wunden des Ermordeten

Der zweite Tag der Verhandlung gegen die Nazimörder von Potempa vor dem Sondergericht in Beuthen OS. hat die feige Mordtat restlos enthüllt. Schon am ersten Tage zeigten die Vernehmungen der Angeklagten und der wenigen Zeugen, daß der Ueberfall auf den Arbeiter Konrad Pieczuch eine vorbereitete und planmäßig durchgeführte „Aktion“ der SA gewesen ist.

Der Verlauf der Tat spielte sich danach so ab: Am Dienstag, den 9. August, bestiegen mehrere SA- und Selbstschutzleute vor dem SA-Heim in Breslawitz ein Auto. Von dort fuhren sie nach Tworog, wo sie bei dem Gastwirt Hoppe Halt machten. Hier wurden sie von H. bewirtet. Das Auto brachte sie dann bis kurz vor Potempa, wo dem Chauffeur der Auftrag gegeben wurde, bei Erscheinen von Leuten eine Panne vorzutäuschen. Die Insassen gingen ins Dorf, ließen sich aber bald wieder sehen und fuhren darauf ins Dorf hinein. An einer Ecke wurde das Auto zurückgelassen und man begab sich zu dem Nazi-Hauptling, Gemeindevorsteher und Gastwirt Lachmann. Es steht ziemlich fest, daß sie von diesem „Instruktionen“ für ihr weiteres Vorgehen erhalten haben. Sie haben sich längere Zeit dort aufgehalten und wurden von ihm mit Bier und Schnaps versorgt. Sie haben zum Teil zugegeben, etwas reichlich dem Alkohol zugesprochen zu haben. Offenbar mußte man sich doch schließlich Mut antrinken, um einen wehrlosen Arbeiter in Schlaf zu überfallen zu können. Als Wegstärkung wurde ihnen noch die „echtdeutsche“ Ermahnung auf den Weg gegeben:

„Halbe Arbeit ist keine ganze Arbeit.“

Dann ging es also los in das Gehöft, wo der als Kommunist bekannte Florian Schwinge wohnt. Sie klopfen an das Fenster, hinter dem aber zufällig nur die Frau des Schwinge schlief. Der Anführer, Golombek, jetzt flüchtig, schickte den Selbstschutzmann Kottisch vor und dieser versuchte nach dem Anklopfen der Frau Schwinge einzureden, daß ein ihr befreundeter Arbeiter davor stünde. Die Frau schöpfte Verdacht; vor allen Dingen, da sie die ihr bekannte Stimme von Golombek vernahm. Sie holte ihren Mann heran, aber auch dieser öffnete beim nochmaligen Klopfen nicht, weil auch er Golombeks Stimme kannte. Nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß er nicht den feigen Mordbuben zum Opfer fiel. Den Erneuerern Deutschlands dauerte es zu lange und sie begaben sich in die Wohnung von Pieczuch, die nicht weit entfernt liegt. Hier drangen die Angeklagten Kottisch, Gräppler, Müller und die jetzt flüchtigen SA-Leute Golombek, Wresche und Dutzek in das Zimmer, wo Konrad P., sein Bruder Alfons und seine fast 70jährige Mutter schliefen. Sie schrien den Erwachenden „Hände hoch“ und „Raus ihr Kommunistenschweine“ entgegen und rissen Konrad P. aus dem Bett. Dieser

Von der Broschüre

„Prolet greif zu!“

ist zur Zeit noch ein kleiner Posten beim Parteivorstand vorhanden. Diese Broschüre kann auch heute noch sehr gut verkauft werden. Bestellungen müssen aber sofort aufgegeben werden, damit sie evtl. zum Teil erledigt werden.

Parteivorstand der SAP, Berlin O. 27, Magazinstr. 15/16.

versuchte, sich mit der Bettdecke zu schützen. Er wurde zu Boden geschlagen und von den Anwesenden viehisch mißhandelt. Sein Bruder Alfons bekam einen Schlag über den Kopf. Nachher wurde dem A. befohlen, sich an die Wand zu stellen und die Tür zu der Kammer, in die sich sein Bruder Konrad noch flüchten konnte, zu öffnen. Kottisch gab noch auf Befehl von Golombek einen Schuß in die Kammer ab.

Nach Befund des Gerichtsarztes ist dieser Schuß, der durch den Oberarm ging, nicht tödlich gewesen.

Tödlich war vielmehr eine der 29 (!) festgestellten Verletzungen, die der Körper von Konrad P. aufwies. Und zwar muß diese durch einen Fußtritt herbeigeführt worden sein. Dadurch wurde die Halsschlagader auf der rechten Seite zerrissen und der Kehlkopf zertrümmert, so daß das Blut durch eine 2-Mark-Stück große Öffnung im Kehlkopf durch die Luftröhre eindringen konnte. Pieczuch ist daher am sogenannten Blut- atmen erstickt.

Aus der Art der Verletzung ersieht man, wie grauhaft, viehisch und feige diese Bestien in Menschengestalt auf den wehrlosen Proleten eingeschlagen haben. So sieht das von Hitler proklamierte deutsche Notwehrrecht auf! Der Heimwege wurde die SA-Kolonne von zwei Zollbeamten gestellt. Wollnitzer, der einen Gummiknüppel in der Hand hielt, wurde verhaftet. In den nächsten Tagen wurden dann von der Kriminalpolizei die übrigen Verhaftungen vorgenommen.

Der Bestialität der Tat reiht sich die Art und Weise der Rechtfertigung der Angeklagten würdig an. Typisch, wie schon im ersten Bericht erwähnt, ist ihr Verhalten. Sie wälzen die Schuld von sich ab und schieben sie dem wahrscheinlich in Polen sitzenden Golombek zu. Diese traurigen Helden bringen es fertig, zu ihrer eigenen Entlastung zu sagen, sie wären von ihren Führern aufgehetzt worden. Doch diese ganzen Ableugnungsversuche erwiesen sich als nutzlos. Denn die Zeugen brachten klare Beweise für ihre Schuld. Schmachlich mißglückt ist es ihnen auch, die Tat als vor 12 Uhr, also vor Inkrafttreten der Terrornotverordnung, geschehen, hinzustellen. Florian Schwinge, die Mutter und der Bruder von Pieczuch und die Zollbeamten bezeugten klar und deutlich, daß die „Aktion“ erst nach 1/2 Uhr erfolgt sein kann.

Als Entschuldigung für ihr wüstes Treiben wollen die Angeklagten dem Gericht und der Öffentlichkeit weismachen, daß sie durch fortwährende Angriffe von Kommunisten in einen Notwehrzustand versetzt worden seien. Es ist doch merkwürdig: In allen Dörfern der näheren Umgebung gibt es kaum organisierte Angehörige der Arbeiterparteien. Die wenigen, die mit deren Zielen sympathisieren, wagen es nicht, ihre Ueberzeugung irgendwie zu äußern, da sie sonst befürchten müßten, ihr Leben und ihre Beschäftigung oder ihre Unterstützung zu verlieren. Bemerkenswert waren die

Aussagen eines Zentrumsmannes aus Potempa.

der dem Gericht klarlegte, daß die „Kommunisten“, d. h. diejenigen, die jemals auch nur sehr schüchtern ihre Sympathie für die Arbeiterklasse kundgetan haben, es noch nicht einmal wagen können, in ihren eigenen Wohnungen zu übernachten. Von ihnen schlafen viele im Walde oder in beschabten Dörfchen. Er sagte: „Bevor Lachmann (der mitangeklagte Gemeindevorsteher von Potempa) bei uns

## Oldenburg kürzt Wohlfahrtsunterstützung

(Eigene Meldung der SAZ)

Oldenburg, 21. August.

Da wahrscheinlich die Erwerbslosen nicht so schnell sich für den Arbeitsdienst entschließen konnten, will man dieser Einrichtung auf anderen Wegen die „Freiwilligen“ zutreiben. (Dabei verweisen wir auf die Meutereien im Arbeitsdienstlager auf der Insel Wangeroog.) Man glaubt dies durch die Kürzung der gewöhnlich hohen Unterstützungssätze bei den Wohlfahrtsempfängern um 15 Prozent zu erreichen. Die Sätze liegen nun gegenüber anderen Städten 20—25 Prozent niedriger, ebenfalls unterliegt die Bedürftigkeit einer scharfen Kontrolle. Daß man die Opfer der kapitalistischen Mißwirtschaft bei diesen niedrigen Unterstützungssätzen dann noch zwingt, anstelle von Bargeld minderwertige Naturalien zu Preisen abzunehmen, wie sie beim Kaufmann nicht bezahlt zu werden brauchen, scheint bei den Vertretern des 3. Reiches ganz in der Ordnung zu sein. Außerdem wird den Antragstellern trotz der niedrigen Unterstützungssätze für Kleidungsstücke noch ein Drittel des Preises in Anrechnung gebracht, sodas es keinem Wohlfahrtsempfänger möglich sein wird, irgend ein notwendiges Kleidungsstück zu beantragen. Schon bisher wurde erst ein übergroßer Apparat in Bewegung gebracht, ehe der Antragsteller seinen Antrag erfüllt bekam.

So wird durch allerlei Kniffe das Recht auf Unterstützung der Arbeiterschaft genommen, um sie kirre zu machen für die Pläne der Röverregierung. Denn dadurch wird ein gewaltiger Druck auf die jungen Erwerbslosen ausgeübt, daß sie letzten Endes keine andere Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Existenz sehen, als sich dem Arbeitsdienst in die Arme zu werfen.

Gemeindevorsteher war, war alles friedlich. Erst seitdem kommen immer wieder Leute zu mir, die sich über Drohungen beschweren und deshalb um Rat fragen. Die Kommunistenschweine, wie sich Lachmann oft auszudrücken beliebt, benachteiligt er bei Unterstützungsanträgen öfters. Deshalb ist gegen ihn schon einmal ein Verfahren von der Verwaltung eingeleitet worden. Wer bei solchen Zuständen die Nazis bedrohen und geführen soll, ist nicht zu ersehen, es sei denn, daß sich 100 Nazis, wie schon oft, von einem Kommunisten umzingelt fühlen!

Am Anfang des zweiten Prozeßtages versuchte der bekannte Fememord- und Lohesverteidiger Lietgebrune durch einen umfangreichen Beweisantrag, in dem er sich auf die bekannte Terrorstatistik des preussischen Innenministers und auf Reichsgerichtsurteile zugunsten der Nazis stützte, für die Nazis Stimmung zu machen. Die Zeugen, die ihm daraufhin vom Gericht genehmigt wurden, brachten auch noch

nicht in einem Punkte Entlastung für die Angeklagten.

Mehr noch als am Anfang der Verhandlung sind sie jetzt als feiges Mordgeindel entlarvt. Mit dem Schluß der Beweisaufnahme wurde die Verhandlung auf Montag vertagt. Nach den Plädoyers wird wohl die Urteilsverkündung am Montagabend noch erfolgen.

Die Ereignisse in dem kleinen Dorfe Potempa sind für die deutsche Arbeiterklasse ein flammendes Fanal! Dieser Prozeß hat für das Proletariat nur einen Sinn:

Macht dem Nazispuk ein Ende!

Schließt euch zusammen zur gemeinsamen Front gegen den Faschismus!!!

## Christen stellen Unterstützungen ein

Ein uns erst jetzt zugegangenes Rundschreiben des Christlichen Metallarbeiterverbandes vom Juni 1932 enthält folgende Mitteilung:

„Ab 27. Beitragswoche (3. 7. 1932) wird die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit vorläufig außer Kraft gesetzt. Vom gleichen Termin an sind die Beiträge der Mitglieder in der I., II. und III. Beitragsklasse folgendermaßen gesenkt worden. Der Hauptkassenbeitrag in der I. Klasse von 1.25 RM. auf 1.— RM. in der II. Klasse von 1.— RM. auf 0.80 RM. in der III. Klasse von 0.75 RM. auf 0.60 RM.“

Die Unterstützungsauszahlungen für Erwerbslose endigen auch für laufende Fälle mit der 26. Woche, und zwar mit dem 2. 7. 1932. Ueber diesen Termin hinaus dürften keinerlei Unterstützungen bei Arbeitslosigkeit (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) gezahlt werden.“

Die allgemeine Finanzkrise aller Gewerkschaften scheint sich demnach bei den christlichen Gewerkschaften noch weit schlimmer als bei den freien Gewerkschaften auszuwirken. Denn bei den letzteren sind bis jetzt zwar Unterstützungseinschränkungen durchgeführt worden, aber noch nirgends ist eine völlige Aufhebung erfolgt.